

# Politische Bildung und/oder Demokratiebildung?

Politische Bildung und Demokratiebildung, die auch mit dem Begriff der *Civic Education* bezeichnet wird, erscheinen auf den ersten Blick als Synonyme mit ein und demselben Zweck – nämlich Menschen im Sinne der Aufklärung „mündig“ und somit gleichsam demokratiefähig zu machen. Bei genauerer Betrachtung stecken hinter den beiden Begriffen aber unterschiedliche Überlegungen dazu, wie diese „Mündigkeit“ und der damit verbundene Zugang zur Demokratie tatsächlich erreicht werden kann. Die Ursachen dafür sind in den Widersprüchen und Problemen zu finden, die – schon die Formulierung hinterlässt einen fahlen Beigeschmack – mit einer „Erziehung zur Mündigkeit“ verbunden sind. Im Folgenden soll versucht werden, diese Widersprüche aufzuheben, indem Politische Bildung und Demokratiebildung miteinander in Verbindung gebracht werden.

## „Mündigkeit“ als Dilemma?

Das Verständnis von „Mündigkeit“ offenbart ein Dilemma: Wie von der Aufklärung gefordert, wird der\*die „mündige“ Bürger\*in einerseits aufgefordert, sich selbst aus dem „Morast der Unmündigkeit“ zu befreien. Andererseits bedarf es aber angeblich auch der erwähnten „Erziehung zur Mündigkeit“, d.h. einer Anleitung, um sich des eigenen Verstandes zu bedienen.<sup>1</sup> „Mündigkeit“ scheint folglich erst durch bestimmte Voraussetzungen erreicht werden zu können, erweist sich damit geradezu als exklusiv und lässt den Verdacht eines elitären Projektes aufkommen. Scheint doch die politische Teilhabe – zumindest auf theoretischer Ebene – nur jenem\*jener gestattet, der\*die diese Voraussetzungen zunächst erfüllt. Es gibt gleichsam „Adepten“, die in die Mysterien politischer Partizipation eingeweiht sind, und Un-

wissende, die sich das notwendige Wissen und die notwendigen Fähigkeiten erst aneignen müssen.

Die politischen Kompetenzmodelle, die seit rund 15 Jahren die fachdidaktische Diskussion bestimmen und die Lehrpläne durchdrungen haben, spiegeln diesen Widerspruch der Aufklärung, zumindest wenn sie als eine Art Glaubensgrundsatz gelten und als völlig alternativlos betrachtet werden. Als Beispiel kann das österreichische Kompetenzmodell für Politische Bildung (siehe Kasten)<sup>2</sup> erwähnt werden, das inzwischen weitgehend bekannt ist und hier nicht ausführlich referiert werden muss. Es setzt voraus, dass der\*die Lernende die unterschiedlichen Fähigkeiten und Bereitschaften erst verinnerlichen muss, damit er\*sie überhaupt politisch teilhaben kann.

Mündigkeit als  
elitäres  
Projekt?

## Demokratielernen bzw. *Civic Education* – ein Ausweg?

Ein Ausweg aus dem skizzierten Dilemma könnte sich durch die Subjekt- und Handlungsorientierung ergeben, die sich in modernen Konzepten der Demokratiebildung bzw. *Civic Education* finden.

Diese gehen davon aus, dass Demokratie erst durch Aktivität bzw. in Aktion, durch die politische Beteiligung auf Basis unterschiedlicher Handlungen, verinnerlicht werden kann. Dabei würden die Kon-

## DAS ÖSTERREICHISCHE KOMPETENZMODELL

<p><b>Politische Urteilskompetenz</b></p> <p>Fähigkeit und Bereitschaft, eigene politische Standpunkte zu entwickeln, die rational nachvollziehbar und somit plausibel sind. Dazu muss auch eine Auseinandersetzung mit politischen Standpunkten anderer sowie mit deren Verhalten und Handeln erfolgen.</p>	<p><b>Politische/politikbezogene Methodenkompetenz</b></p> <p>Fähigkeit und Bereitschaft, sich Informationen zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu beschaffen (z.B. quellenkritisches Lesen von Statistiken oder Texten, Argumentationsfähigkeit).</p>
<p><b>Politische Handlungskompetenz</b></p> <p>Fähigkeit und Bereitschaft, eigene politische Positionen nicht nur zu formulieren, sondern auch zu artikulieren (Diskursfähigkeit) sowie nach Abwägen der Argumente die eigene Meinung zu modifizieren oder zu revidieren.</p>	<p><b>Politische Sachkompetenz</b></p> <p>Fähigkeit und Bereitschaft, Begriffe, Kategorien und Konzepte anwenden zu können (z.B. ein politisches Ereignis mit Hilfe einer Definition von „Revolution“ einordnen und bewerten können).</p>

Quelle: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 29/2008

kurrenz politischer Meinungen und Aushandlungsprozesse gefördert, wobei Parteilichkeit durchaus gewünscht ist und nicht im Vorhinein auf Neutralität und Ausgewogenheit geachtet werden muss. Nicht die Wissens- und Kompetenzvermittlung steht im Mittelpunkt, sondern das Ausloten von Denk- und Handlungsmöglichkeiten sowie notwendiger Grenzüberschreitungen im Bereich der gesellschaftlich vorgegebenen Normen und Werte. Tatsächlich wäre es ohne solche Grenzüberschreitungen unmöglich gewesen, zum Beispiel in Bezug auf Geschlechterrollen ein Umdenken zu erreichen und somit zumindest die Gleichberechtigung, wenn auch noch immer nicht die Gleichstellung der Frauen zu ermöglichen.

Eine besondere Richtung der Demokratiebildung rückt in diesem Zusammenhang vor allem außerschulische politische Aktionen und Performanzen in den Mittelpunkt. Der politische Lernraum, so die Vorstellung der so genannten *Active Civics Education*,<sup>3</sup> verlagert sich dabei von der Schule, der ein exklusiver Charakter zugesprochen bzw. zumindest unterstellt wird, in den öffentlichen Raum. Mit Hilfe von politischen *acts* soll auch der *Civic Engagement Gap*

Demokratie  
durch aktives  
Leben von  
Teilhabende

überwunden werden, d.h. dass damit die politische Inklusion von gesellschaftlichen Gruppen, die von der Möglichkeit politischer Teilhabe traditionell ausgeschlossen bleiben, erreicht werden kann.<sup>4</sup> Dafür wird auch der Begriff der *Inclusive Citizenship Education*<sup>5</sup> verwendet, die – im Sinne von Selbstermächtigung – jenen ihre Handlungsfähigkeit versichert, die von der Staatsbürger\*innenschaft und damit verbundenen Rechten oder durch strukturellen Rassismus politisch bzw. gesellschaftlich ausgeschlossen sind.

Demokratiebildung bedeutet nicht nur, wissenschaftliche Erkenntnis in die Lebenswelten der Lernenden zu transferieren oder den Zugang zur politischen Partizipation an Grundfertigkeiten, etwa an zu erlernende Kompetenzen, zu binden. Vielmehr trägt sie zur lebensweltlichen Sinnbildung von politisch Lernenden bei.<sup>6</sup> Ziel ist es, ein „Bürger\*innenbewusstsein“ zu entwickeln, das sich wandelnden gesellschaftlichen bzw. politischen Verhältnissen anpasst. Damit verbunden ist auch die Weiterentwicklung individueller Konzepte von Politik bzw. überhaupt von Gesellschaft, um sich in der Wirklichkeit orientieren und in der Folge auch handeln zu können.<sup>7</sup>

Demokratie  
lernen zur  
Entwicklung von  
Bürger\*innen-  
bewusstsein

## ACTIVE CIVICS EDUCATION

*Active Civics Education* sieht Demokratiebildung in erster Linie als Demokratielernen außerhalb der Schule, d.h. in Form von Aktionen und Performanzen im öffentlichen Raum. Dabei werden bestimmte Positionen – etwa bei Demonstrationen – geäußert, ohne unbedingt ständig auf Neutralität und Ausgewogenheit zu achten. Ein öffentlicher Diskursraum wird durch das Aufeinanderprallen unterschiedlicher Meinungen eröffnet. Durch *Active Civics Education* kommen auch jene zu Wort, die von den traditionellen Möglichkeiten politischer Partizipation ausgeschlossen sind (z.B. Migrant\*innen, die keine Staatsbürgerschaft besitzen). Allerdings werden politische Aktionen und Performanzen etwa auch von rechtsextremen Bewegungen genutzt, die sich gegen die Demokratie wenden und somit keineswegs demokratische Aushandlungsprozesse anstreben.

## Die Aufgabe der Schule

Auch bei der Demokratiebildung spielt Schule weiterhin eine zentrale Bedeutung für die Herausbildung von „Mündigkeit“, allerdings sind ihre Aufgaben zum Teil neu, insbesondere der Anspruch, subjekt- und handlungsorientiert zu denken. Sie hat – und zwar bereits ab der Primarschule – die Grundlagen für ein Demokratielernen *by doing*<sup>8</sup> zu ermöglichen. Die Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen zeigen etwa, dass die Möglichkeit politischer *acts* im öffentlichen Raum nicht notgedrungen Aushandlungsräume schafft bzw. zu einem „offenen Diskurs“ führt. Vielmehr scheint es notwendig, Sozialisationsprozesse zu ermöglichen, die Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Meinungen und die Auseinandersetzung mit diesen, kurzum: Offenheit im Sinne von differenziertem Denken und Handeln ermöglichen.

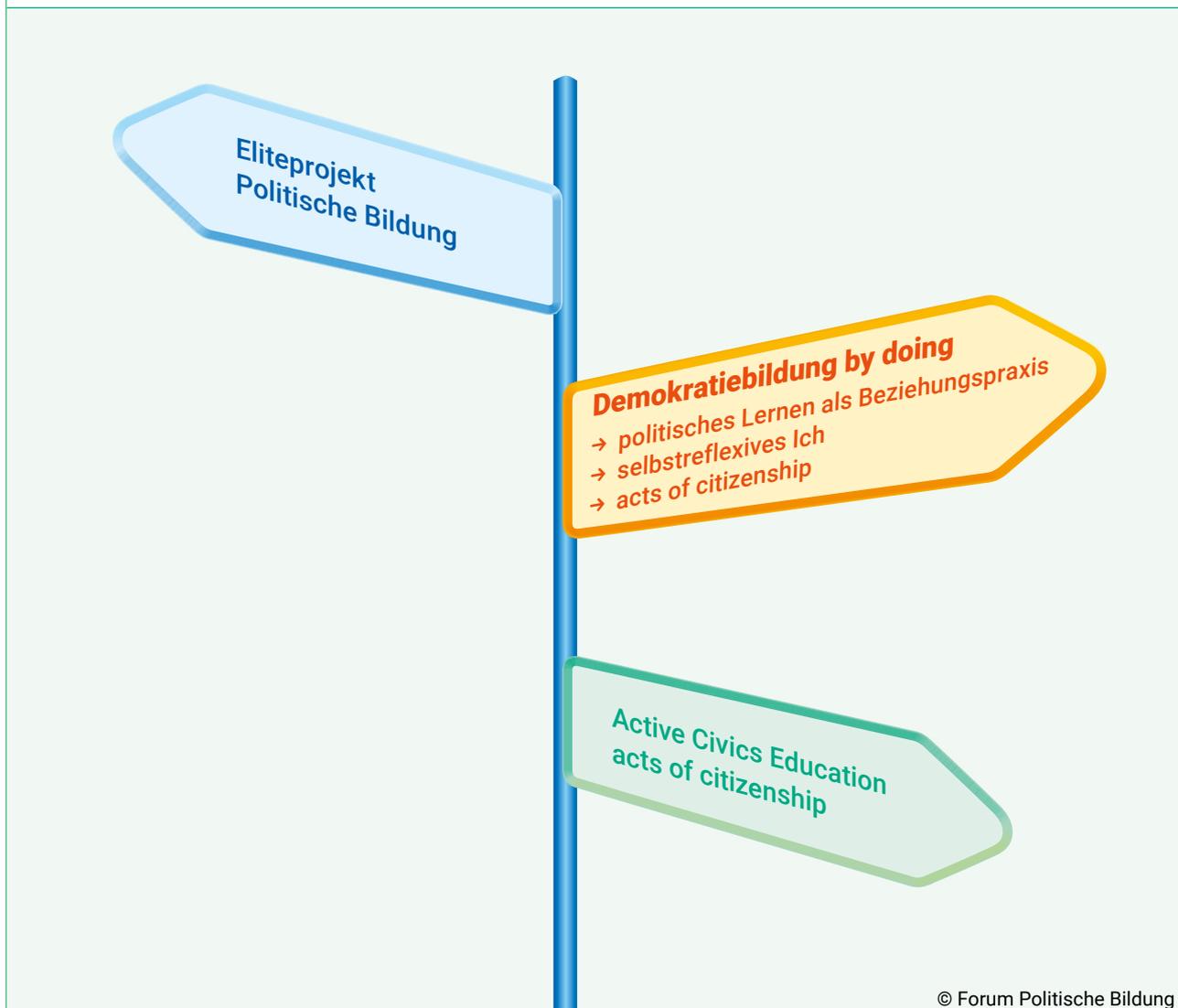
Schule muss somit – übrigens über alle Fächer hinweg – Demokratielernen durch gelebte gemeinsame Erfahrungen ermöglichen, die schließlich auch außerhalb des geschützten sozialen Raumes genutzt werden können. Der Politikdidaktiker Gerhard Himmelmann sieht Schule daher gleichsam – ganz in der Tradition des Pädagogen John Dewey – als Trainingsraum, in dem die Lernenden gemeinsam mit anderen über Machtstrukturen reflektieren, selbständige Entscheidungen treffen sowie politische Teilhabe erproben und letztlich verinnerlichen sollen.<sup>9</sup> Politisches Lernen ist folglich als Beziehungspraxis zu definieren, die die Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensrealität im sozialen Kontext ermög-

Schule als  
politischer  
Trainingsraum

licht und langfristig zu *acts of citizenship*, d.h. zu politischer Aktivität in der eigenen Lebenswelt, führen soll. Beziehungspraxis meint also nicht nur soziales Lernen, sondern ist – auch im schulischen Kontext etwa durch die Beteiligung an der Schulgemeinschaft – als Handeln in einem durch gesellschaftliche und hierarchische Strukturen geprägten sozialen Raum zu definieren. Damit im Zusammenhang ist unter anderem – um nur einige Beispiele zu nennen – auch zu fragen, unter welchen gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht nur die eigenen, sondern auch die Meinungen anderer entstehen, warum bestimmte Gruppen mehr oder weniger politische Partizipationschancen haben und wie Benachteiligung durch politisches Handeln beeinflusst werden kann.

Dazu kann ohne Zweifel auch die Kompetenzorientierung ihren Beitrag leisten, wobei Kompetenzmodelle aber lediglich als „Folien“ dienen sollten, die über die Unterrichtspraxis gelegt werden. Sie sind didaktische Grundlagen, die den Lehrenden für die Gestaltung des Unterrichts dienen, und keinesfalls als Lerngegenstände für Schüler\*innen zu verstehen. So ist die – zumindest in Österreich – übliche Praxis, in Schulbüchern die verschiedenen Kompetenzdomänen direkt auszuweisen, durchaus in Frage zu stellen. Politisches Lernen bedeutet nämlich nicht, die Schüler\*innen in die „Geheimnisse“ der Fachdidaktik einzuweißen. Vielmehr soll es – wie oben beschrieben – behilflich sein, sich in der eigenen Lebenswelt bzw. überhaupt in der Gesellschaft zurechtzufinden, zu partizipieren und diese somit auch mitzugestalten.

## AUSWEG AUS DEM DILEMMA: DEMOKRATIEBILDUNG BY DOING



Einerseits soll sich der\*die politisch Lernende selbst aus dem „Morast der Unmündigkeit“ ziehen, andererseits braucht er auch Anleitung. Dieses Dilemma spiegelt sich in der Politischen Bildung als Eliteprojekt, das nur den Eingeweihten letztlich politische Mündigkeit zugesteht, wie auch in politischen acts im öffentlichen Raum, die – siehe etwa deren Missbrauch durch Rechtsextreme – nicht immer Aushandlungsräume schaffen. Den Ausweg könnte Demokratielernen *by doing* bieten.

### DEMOKRATIEBILDUNG BY DOING

Demokratiebildung *by doing* lässt sich als politische Teilhabe an der Gemeinschaft bzw. Gesellschaft, d.h. als Mitgestaltung sowohl des schulischen als auch des öffentlichen Raums, definieren. Sie ist also Demokratielernen durch Aktivität, die sich durch die Mitarbeit in bereits vorhandenen Entscheidungsräumen, etwa im Klassenparlament, im Schulgemeinschaftsausschuss (SGA) oder in einer politischen Organisation, aber auch durch politische Aktion und Performanzen (Aktionstheater, Verkleidung bei Demonstrationen etc.) ausdrückt. Demokratiebildung *by doing* bedeutet die Verankerung der Demokratie in der eigenen Lebenswelt, somit ihre Verinnerlichung im Bewusstsein des politisch Lernenden (Bürger\*innenbewusstsein).

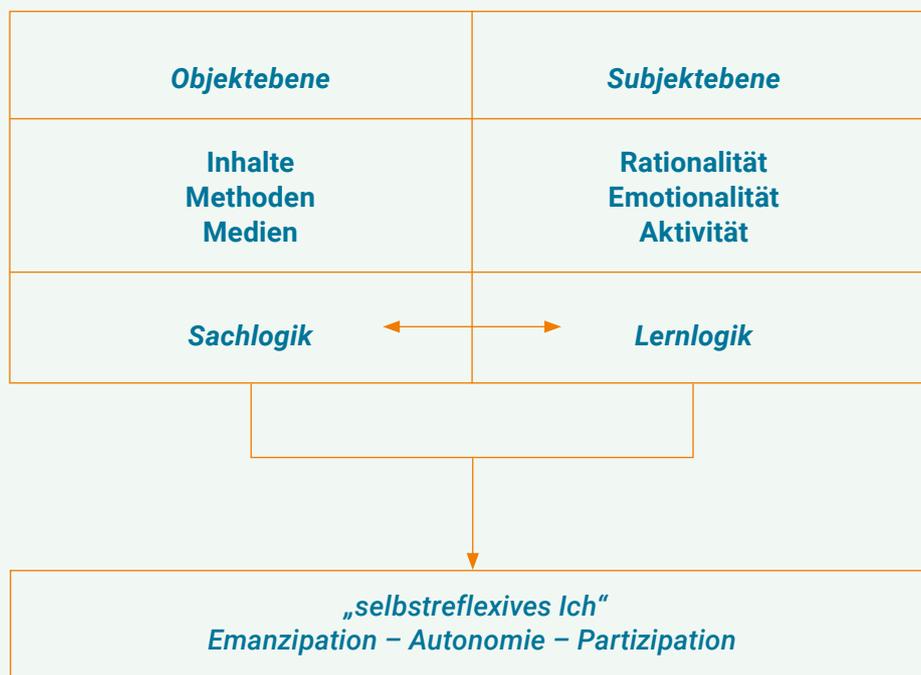
## Subjektorientierung und das „selbstreflexive Ich“

Für die Gestaltung solcher lebensweltnahen Lehr- und Lernräumen ist zwischen Objekt- und Subjektebene zu unterscheiden.<sup>10</sup> Die **Objektebene** bezieht sich auf die Sachlogik und umfasst fachspezifische Inhalte, unter anderem auch politische Fakten und Begriffe, die von der Wissenschaft geliefert werden. Ferner sind auf dieser Ebene die Methoden und Arbeitstechniken angesiedelt, die in der Wissenschaft, aber auch im Unterricht zur Anwendung kommen. Auf der **Subjektebene** befinden sich dagegen die Lernlogik, die Interessen und Emotionen der Lernenden sowie deren Eingebundenheit in spezifische Lebenswelten.

Bezug zur  
Lebenswelt  
der Lernenden

Zwischen Objekt- und Subjektebene besteht ein gleichsam dialektisches Verhältnis: Die Subjektebene verändert sich, wenn politisches Lehren und Lernen lebensweltorientiert auf die Objektebene zugreifen. Wird nämlich die eigene Lebenswelt mit Bezug zur Politik reflektiert, können sich Bedürfnisse, Interessen wie auch Emotionen wandeln. Damit ist wiederum ein partiell anderer Zugriff auf Methoden, Medien und Inhalte verbunden. Die Lebensweltorientierung ermöglicht somit den Lernenden, sich im eigenen Umfeld besser zurechtzufinden, und regt idealerweise auch zur aktiven Teilnahme an der Gesellschaft an.

### DIE VERBINDUNG VON SUBJEKT- UND OBJEKTEBENE



© Forum Politische Bildung

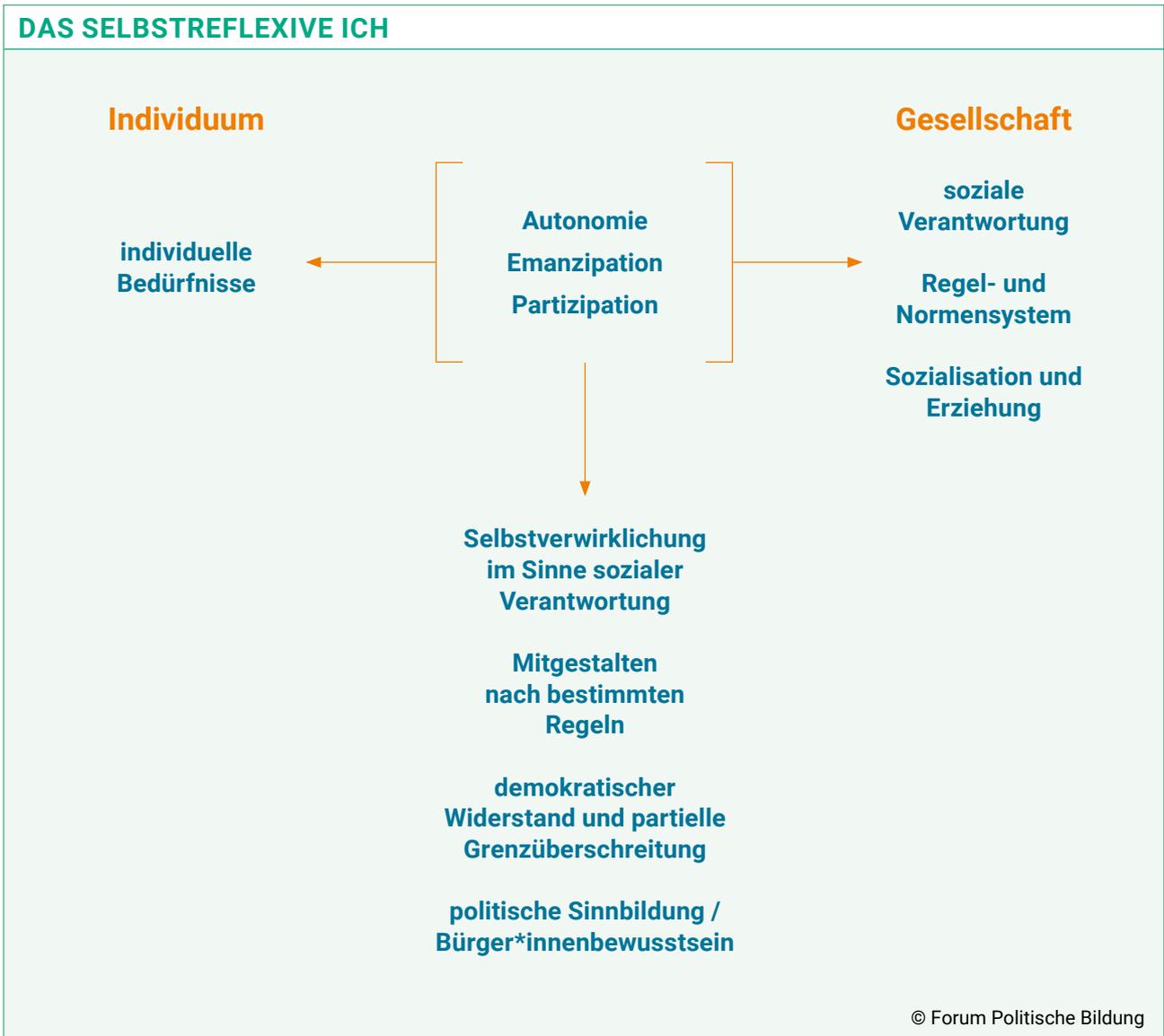
Politische Bildung und Demokratielernen bedeuten nicht nur die Vermittlung von Wissen, sondern sollen den Lernenden bei der Gestaltung der eigenen Lebenswelt helfen. Dazu sind die Objektebene und die Subjektebene, die etwa die Bedürfnisse und Gefühle des\*der Lernenden umfasst, miteinander in Beziehung zu setzen. Erst durch die Verbindung von Subjekt- und Objektebene lässt sich Demokratie im Bewusstsein des\*der Lernenden verinnerlichen.

Diese Verbindung von Objekt- und Subjektebene im Politikunterricht ermöglicht die Herausbildung eines „selbstreflexiven Ich“,<sup>11</sup> das die Grundlage für Demokratiebildung *by doing* darstellt. Dieses „selbstreflexive Ich“ definiert sich durch zwei grundlegende Fähigkeiten: Erstens soll es die Abhängigkeit seines Denkens und Handelns von Sozialisationsprozessen erkennen und diese auch kritisch hinterfragen. Nur auf diese Weise lässt sich eine gewisse individuelle Autonomie erreichen, die auch Offenheit, d.h. die Aufgeschlossenheit gegenüber anderen Meinungen im Sinne

**Gesellschaftliche Abhängigkeiten kritisch hinterfragen**

der beschriebenen *Active Civics Education*, ermöglicht. Zwar kann sich der\*die Einzelne den gesellschaftlichen Einflüssen nicht völlig entziehen; indem er\*sie sich aber dieser Abhängigkeit bewusst wird, ist es ihm\*ihr möglich, sich zumindest teilweise davon zu emanzipieren.

Zweitens bietet dieser Emanzipationsprozess politisch Lernenden die Möglichkeit, die Lebenswelt, in der die Sozialisation erfolgt, in gesellschaftlicher Verantwortung zu denken und zu gestalten. Das „selbstreflexive Ich“ bedarf also politischer



Das „selbstreflexive Ich“ erkennt einerseits seine Abhängigkeit von Sozialisationsprozessen und emanzipiert sich dadurch zumindest partiell, andererseits denkt es die eigene Lebenswelt in gesellschaftlicher Verantwortung und gestaltet sie durch politische Partizipation.

Sinnbildung, die als Bürger\*innenbewusstsein bezeichnet werden kann und in letzter Konsequenz bedeutet, dass der\*die Lernende ständig einen Ausgleich zwischen individuellen Bedürfnissen und Gesamtgesellschaft sucht. Emanzipation,

individuelle Autonomie sowie gesellschaftliche Normen und Regeln sind ständig miteinander kommunizierende Gefäße, die Demokratiebildung *by doing* und damit die Fortentwicklung einer demokratischen politischen Kultur ermöglichen.

## Resümee

Es zeigt sich deutlich, dass sich Politische Bildung und *Civic Education* bzw. Demokratiebildung nicht gegenseitig ausschließen. Sie sind vielmehr unabdingbar für politisches Lernen, das durch die Subjekt- und Lebensweltorientierung zur Herausbildung von Bürger\*innenbewusstsein beiträgt. Dieses zeichnet sich durch Dynamik aus, durch einen ständigen Wandel infolge einer aktiven Auseinandersetzung mit der eigenen Lebenswelt und Gesellschaft. Dazu ist es allerdings notwendig, die Kompetenzorientierung nicht dogmatisch als Lerngegenstand zu verstehen. Kompetenzmodelle sind letztlich nur Werkzeuge, die

auf der Objektebene zur Verfügung stehen und als Hilfsmittel zur Herausbildung eines „selbstreflexiven Ich“ dienen können. Dieses „selbstreflexive Ich“ bildet eine Grundlage für die Fortsetzung politischer Lernprozesse auch außerhalb der Institution Schule. Demokratiebildung *by doing* bedeutet, dass politisches Lernen nicht allein in der Schule erfolgt, sondern immer auch „nach außen“ und in die Zukunft gerichtet sein muss. Es ist niemals abgeschlossen, sondern Teil lebensweltlicher Praxis, um die demokratische Gesellschaft zu erhalten und weiterzuentwickeln.

- 1 Kant, Immanuel: Über Pädagogik. Königsberg 1803, S. 22–23; Heinrich, Martin: Zwischen Befähigung zur Kritik und falscher Werteeziehung. Zwei Studien am Beispiel einer Unterrichtssequenz zur Kulturindustrietheorie und einem Lehrstück zur politischen Erwachsenenbildung. Münster 2004, S. 15–16.
- 2 Krammer, Reinhard: Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell, in: Forum Politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur Politischen Bildung 29/2008, S. 5–14.
- 3 Cohen, Aviv: Action civics education and civic autonomes for urban youth. An evaluation of the impact of Generation Citizen, in: Citizenship Teaching & Learning 13(3)/2018, S. 351–368; Kloubert, Tetyana/Levine, Peter: Politische Bildung in den USA, in: Sander, Wolfgang/Pohl, Kerstin (Hrsg.): Handbuch Politische Bildung. 5., vollständig überarb. Aufl. Frankfurt a. M. 2022, S. 616f.
- 4 Levinson, Meira: The Civic Empowerment Gap. Defining the Problem and Locating Solutions, in: Sherrrod, Lonnie/Torney-Purta, Judith/Flanagan, Constance A. (Hrsg.): Handbook on Research on Civic Engagement. Hoboken 2020, S. 338.
- 5 Kleinschmidt, Malte/Kenner, Steve/Lange, Dirk: Inclusive Citizenship als Ausgangspunkt für emanzipative und inklusive politische Bildung in der Migrationsgesellschaft, in: Natarajan, Radhika (Hrsg.): Sprache, Flucht, Migration. Kritische, historische und pädagogische Annäherungen. Wiesbaden 2019, S. 407–415.
- 6 Lange, Dirk: Sinnbilder und Sinnbildungen in der Politischen Bildung, in: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 58(3)/2008, S. 431–439.
- 7 Ebd.; Lange, Dirk: Kernkonzepte des Bürgerbewusstseins. Grundzüge einer Lerntheorie der politischen Bildung, in: Weißeno, Georg (Hrsg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat. Bonn 2008, S. 245–258.
- 8 Hellmuth, Thomas: Demokratiebildung *by doing*. Versuch über das Politische in der Politischen Bildung, in: Lange, Dirk/Reitmair-Juárez, Susanne (Hrsg.): Das Politische in der Demokratiebildung. Frankfurt a. M. 2022 (im Druck).
- 9 Himmelfmann, Gerhard: Demokratie Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Ein Lehr- und Studienbuch. 3. Auflage. Schwalbach/Ts. 2007.
- 10 Schulz-Hageleit, Peter: Grundzüge geschichtlichen und geschichtsdidaktischen Denkens. Frankfurt a. M. u.a. 2002, S. 28, 57f.; Völkel, Bärbel: Handlungsorientierung im Geschichtsunterricht. 2. Auflage. Schwalbach/Ts. 2008, S. 22, 27.
- 11 Hellmuth, Thomas: Das „selbstreflexive Ich“. Politische Bildung und kognitive Struktur, in: Ders. (Hrsg.): Das „selbstreflexive Ich“. Beiträge zur Theorie und Praxis politischer Bildung. Innsbruck–Wien–Bozen 2009, S. 11–20.